
Buchbesprechungen

Klaus Busch: Umbruch in Europa, HBS Forschung Band 4, Köln 1991, Bund-Verlag, 327 Seiten, 28 DM; Frank Deppe, Klaus-Peter Weiner (Hg): Die Perspektiven der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, FEG Arbeitspapier Nr. 4, Institut für Politikwissenschaft des FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg, 101 S., 10 DM; Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Eurokolleg (kostenloser Bezug durch FES, Bonn); Hans-Werner Platzer: Gewerkschaftspolitik ohne Grenzen? Die transnationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Europa der 90er Jahre, Bonn 1991, Dietz Verlag, 216 S., 19 DM; SPD, Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament: Euro-Info (kostenloser Bezug durch SPD-Vorstand, Bonn); Manfred Weiss und Hubert Krieger (Hg.): Die Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland - Ein Glossar, Dublin 1991, Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 264 S., 21,25 ECU (ca. 45 DM).

Wer Gelegenheit hat, zwischen verschiedenen und meist strikt getrennten Teüwelten der rotgrünen oder gewerkschaftlichen Linken zu wandern, vom sozialdemokratischen Ortsverein oder einer gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltung zu den hochprofessionellen Interessenvertretern der Gewerkschaften und intellektuellen Debattierclubs wie etwa dem „Salon“ am Frankfurter Museumsufer wird ganz schnell eine Gemeinsamkeit feststellen: Das ausgewachsene Desinteresse am und die profunde Nichtkenntnis über den europäischen Integrationsprozeß, in der Regel kulminierend in scharfen Attacken gegen das vermeintliche Europa des Kapitals und seine willfähige Brüsseler Bürokratie.

Die fatale Entfremdung des gewerkschaftlichen und des linken Spektrums vom Prozeß der europäischen Integration und ihrem eindeutigen Gravitationszen-

trum, der Europäischen Gemeinschaft samt einheitlichem Binnenmarkt, ist keineswegs eine deutsche Spezialität. Es ist ein gemeinsames Problem der westeuropäischen Linken, deren Parteien und Gewerkschaften in nationale Organisationen eingebunden sind und die den Einstieg in das Europa der Zukunft versäumt haben.

Die deutsche Vereinigung, die vor allem die gewerkschaftlichen Kapazitäten völlig in Anspruch nimmt, hat gleichzeitig das europäische Integrationstempo beschleunigt. Der Handlungsbedarf hat objektiv zugenommen, das Handlungspotential abgenommen. Dennoch: Die wachsende Kluft zwischen der Dynamik der europäischen Integration und der stagnierenden Politikfähigkeit von politischen und sozialen Verbänden der Linken hat wenigstens dazu geführt, daß die Informationslage durch das Angebot klichscheefreier Publikationen verbessert worden ist.

An erster Stelle ist hier das in der Forschungsreihe der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung (HBS) erschienene Buch von Klaus Busch über den „Umbruch in Europa“ zu nennen. Der Wirtschaftswissenschaftler Busch prüft nüchtern Zahlen und Fakten. Sein Fazit: Die Befürchtungen vieler Gewerkschafter und traditioneller Sozialisten, der Binnenmarkt führe zu einem ruinösen Wettbewerb mit Sozialdumping und wachsenden Diskrepanzen zwischen reichen und armen Regionen, halten einer Überprüfung nicht stand. Busch geht keineswegs leichtfertig oder herablassend mit solchen Ängsten um. Seine Methode, die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte des Binnenmarktes aufzubereiten, ist überzeugend: In jedem seiner zehn Kapitel (Geschichte, Konzeption und makroökonomische Effekte, regionaler und sektoraler Strukturwandel, Verlagerung in Niedriglohnländer, Währungsunion, Umwelt, soziale Dimension, Osteuropa) arbei-

tet Busch mit Alternativhypothesen und konfrontiert sie mit der bisherigen Entwicklung in Europa. Busch's Ergebnisse bestätigen die Seriosität und die Richtigkeit der im EG-offiziösen Cecchini-Bericht gemachten Prognosen über die positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte des Binnenmarktes.

Mit Bezug auf die soziale Dimension gelangt der Autor zu dem Befund, daß es „keinen Anhaltspunkt für einen Prozeß des sozialen Dumpings gibt“ und daß „die Sorge, der einheitliche Binnenmarkt bedrohe die tarif- und sozialpolitischen Errungenschaften in den höher entwickelten Ländern der Gemeinschaft, unbegründet“ ist. Allerdings schreibt der Ökonom Busch den Gewerkschaften ins Stammbuch, daß sie selbst und nicht die Kommission oder der Rat die „Verantwortung für die Realisierung der sozialen Dimension“ haben. Warum wissen dies die Gewerkschaften nicht selbst? Die sozialen Errungenschaften in der Bundesrepublik sind schließlich auch nicht durch Bittstellerei bei Herrschenden und Regierenden entstanden. Die Voraussetzungen für eine supranational abgestimmte gewerkschaftliche Politik einer progressiven sozialen Harmonisierung, so lautet die zentrale Aussage des Autors, sind günstig; es liegt an den Gewerkschaften, diese Chance zu ergreifen.

Eine ähnlich profunde Darstellung legt Hans-Wolfgang Platzer mit seinem Buch „Gewerkschaftspolitik ohne Grenzen?“ vor. Platzer's Studie besticht, weil der Autor eine glückliche Hand hat, dichte Informationen über Geschichte und Stand transnationaler Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der aktuellen Analyse sozio-politischer Probleme, Antriebskräfte und Perspektiven des europäischen Einigungsprozesses zu verbinden. Gleichmaßen wertvoll und für den kritischen Leser herausfordernd sind die Bewertungen und Thesen, die Platzer präsentiert: So beurteilt er etwa den Integrationsprozeß der europäischen Gewerkschaften zwar als noch nicht ausreichend und die gegenwärtige gewerkschaftliche im Vergleich zur unternehmerischen

Interessenvertretung in Brüssel als unzureichend, aber - und dies kann allzu großen Euro-Skeptikern in den gewerkschaftlichen Reihen entgegengehalten werden - der schwierige inhaltliche Verständigungsprozeß wie auch der Aufbau einer effizienten Euro-Organisation sind im Verlauf der achtziger Jahre schubartig vorangekommen. Eine große Rolle spielt hierbei der Umstand, den Platzer wiederholt betont, daß eine Annäherung der politischen Standpunkte der europäischen Gewerkschaften durch eine Konvergenz in Richtung auf eine „sozialpartnerschaftlich geregelte Konfliktkultur“ stattgefunden hat. Bemerkenswert auch die empirisch unterfütterte Aussage, daß die Gewerkschaften weder aus eigenem Antrieb und kaum angetrieben durch die Internationalisierung der Wirtschaft, sondern ganz wesentlich auf den politisch-institutionellen Fortschritt im europäischen Einigungsprozeß regiert haben. Die (west) europäische Dynamik hat die Gewerkschaften unter gehörigen Handlungsdruck gesetzt und sie dazu gebracht - so Platzer's optimistische Sicht —, schon verloren gegebenes Terrain zurückzuholen.

Bescheiden als Arbeitspapier ihrer „Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)“ haben die Marburger Wissenschaftler Deppe und Weiner einen klugen Sammelband über „Perspektiven der Arbeitsbeziehungen in der EG“ herausgebracht. Der Band zeichnet sich durch gleichermaßen sachkundige wie konträre Standpunkte über die sozialen Perspektiven im EG-Europa aus. Neben Vertretern der Wissenschaft - Klaus Busch und Kurt Tudyka schreiben über den Wirtschafts- und Sozialraum, Susanne Schunter-Kleemann über die Gleichstellungspolitik — kommen Verbandsvertreter wie Manfred Bobke von der IG Metall, Klaus Buchholz vom Europäischen Metallarbeiterbund und Karin Rögge als Leiterin des Brüsseler Büros des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks zu Wort. Dieser Sammelband hat den großen Vorteil, daß der Leser divergierende Standpunkte abwägen und sich ein eigenes Urteil bilden kann.

Im übrigen soll hier noch auf zwei verdienstvolle Informationsreihen von SPD und Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hingewiesen werden: Im monatlich erscheinenden Euro-Info der SPD nehmen Abgeordnete des Europäischen Parlaments beziehungsweise deren wissenschaftliche Mitarbeiter Stellung zu jeweils aktuellen politischen Problemen der europäischen Integration. Die Vorzüge des Euro-Info liegen darin, daß jede Ausgabe nur ein Thema behandelt, dies aber auf einem hohen Niveau an Sachkenntnis und politischer Reflexion. Beispiele hierfür sind die Ausgaben 8 bis 10/1991, die die Themen „Reform der EG - Politische Union, Währungsunion“, „EG und Osteuropa“ sowie „Europäische Sicherheitspolitik“ behandeln. Einen vergleichbaren Informationswert hat die Reihe „Eurokolleg“ der FES. Auch in dieser Reihe wird über die gesamte thematische Bandbreite berichtet. Den einzelnen Ausgaben, die stets auf ein Thema zentriert sind und in unregelmäßigen Abständen erscheinen, liegen die sachkundig zusammengestellten Ergebnisse der von der FES veranstalteten internationalen Seminare des Eurokollegs zugrunde.

Auch die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, eine EG-Einrichtung in Dublin, trägt mit einem sehr verdienstvollen Glossar über die Arbeitsbeziehungen in der BRD zu einem verbesserten Informationsstand bei. Eine Frankfurter Gruppe von Arbeitsjuristen um Manfred Weiss, Joachim Weyand und Thomas Kreuder hat mit großer Sorgfalt und - was wichtig ist - nicht nur mit juristischem Sachverstand etwa 500 Stichworte von „Abfindung“ bis „Zwangsschlichtung“ zusammengetragen. Die knappen und präzisen Erläuterungen wie auch die vielen Querverweise, sind als wertvolle und schnelle Informationshilfen gleichermaßen für gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertreter wie für Lehrveranstaltungen in Universitäten und Gewerkschaftsschulen von Nutzen.

Diese publizistischen Initiativen sind eine gute Voraussetzung, um die zäh-

lebige euro-politische Ignoranz des gewerkschaftlichen und linken Spektrums Schritt für Schritt zu unterminieren. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn sachliche Informationen, wissenschaftliche Analysen und politische Reflexionen nicht die Euro-Vorurteile der traditionellen Linken brechen könnten.

Otto Jacobi, Frankfurt/M.

Wolfgang Däubler, Wolfgang Lecher (Hrsg.): Die Gewerkschaften in den 12 EG-Ländern. Europäische Integration und Gewerkschaftsbewegung; Rudolf Welzmüller (Hrsg.): Marktaufteilung und Standortpoker in Europa. Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen in der Weltmarktregion Europa. Europahandbuch für Arbeitnehmer, Band 1 und 2, Bund-Verlag, Köln 1990/1991.

Trotz einer inzwischen wachsenden Zahl von Veröffentlichungen zu den Rahmenbedingungen und Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auch aus gewerkschaftlicher Sicht fehlte es bisher an wichtigen aktuellen Basisinformationen in komprimierter Form. Ob Angaben über die Aufgaben des nationalen Arbeitsrates in Belgien, die gesetzlichen Arbeitszeitregelungen in Frankreich oder aktuelle Informationen zur Lage der Gewerkschaften in Portugal, der erste Band der neuen Reihe „Europahandbuch für Arbeitnehmer“ mit dem Titel „Die Gewerkschaften in den 12 EG-Ländern“ liefert hier aktuelle Grunddaten.

Ausgehend von weitgehend identischen Rahmenbedingungen seit Mitte der siebziger Jahre skizzieren Wolfgang Lecher und Reinhard Naumann zunächst die national weiterhin recht unterschiedlichen Reaktionen und Politiken der Gewerkschaften in den einzelnen EG-Mitgliedstaaten. Ebenfalls nach Ländern gegliedert folgt eine Beschreibung der Organisationsstruktur der Gewerkschaften und der jeweiligen Formen betrieblicher und nationaler Interessenvertretung (Siegfried Mielke/Peter Rütters/Kurt P. Tudyka). Nicht ganz einzusehen ist,

warum eine zweifache länderspezifische Gliederung gewählt wurde. Der Reichtum von zum Teil unterschiedlich akzentuierten Positionen geht dabei zu Lasten der Übersichtlichkeit und des sachlichen Zusammenhangs. Unbedingt positiv hervorzuheben ist jedoch der umfassende Tabellenanhang.

Bei allen Unterschieden in den einzelnen Ländern wird zusammenfassend die Existenz eines „europäischen Interessenvertretungsmodells“ konstatiert, insofern als europaweit die Gewerkschaften, wenn auch mit gewichtigen Unterschieden, „betriebs- und zum Teil unternehmensbezogen als Organisation vertreten (sind) oder im Rahmen von geregelten Institutionen zumindest indirekt als Interessenvertretung der Beschäftigten auftreten.“ (S. 227 f.). Gefordert wird, daß „auf der internationalen Ebene alle Möglichkeiten der Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit genutzt und der Ausbau einer übernationalen gewerkschaftlichen Tarif-(rahmen)politik realisiert werden (müsse)“. Da europaweit die betriebliche Ebene immer stärker ins Zentrum der Auseinandersetzung rückt, sei es dabei „eine der wichtigsten Ausgaben der Zukunft (...) eine Verzahnung der internationalen Rahmenebene mit der betrieblichen Durchsetzungsebene zu erreichen.“ (S. 96).

Den beiden länderspezifischen Teilen, die das Gros des ersten Bandes ausmachen, folgen Beiträge zum Stand der gewerkschaftlichen Europapolitik (Fritz Rath), zur sozialen Dimension des EG-Binnenmarktes sowie zum Verhältnis EG und deutsche Einheit (Wolfgang Däubler). Interessant im ersten Beitrag ist die Präsentation des EGB als einer mitgliederorientierten Gewerkschaft (S. 252 ff.). In Anknüpfung an den von Lecher/Nauermann zuvor skizzierten Handlungsbedarf werden insbesondere Möglichkeiten gewerkschaftlicher europäischer Betriebspolitik benannt, die vor dem Hintergrund des nunmehr vorliegenden EG-Richtlinienentwurfs zur Einsetzung Europäischer Betriebsräte zusätzlichen Anschub bekommen dürften. Weitgehend spekulativ

bleiben (notwendigerweise) die Entwicklungsperspektiven europäischer Tarifpolitik, wobei Fritz Rath zu Recht den Gewerkschaften die schwierigste Aufgabe selbst zuschreibt: „Erst die Herstellung betriebs- und unternehmensbezogener europäischer/internationaler Solidarität eröffnet real die Chance eines Auf- und Ausbaus gewerkschaftlicher europäischer Tarifpolitik.“ (S. 270). Neben dem begründeten Plädoyer für eine europäische Gewerkschaftspolitik hätte der Frage, warum gerade dies eben noch ein zentrales Problem ist, systematischer nachgegangen werden können. Zwar wurde die europäische Integration und ihre Verlaufsform als „wichtigster äußerer Bestimmungsfaktor“ bezeichnet (S. 235); die weiterhin wichtige Bedeutung der Nationalstaaten im Integrationsprozeß selbst wurde dabei jedoch nicht miteinbezogen.

Wolfgang Däubler kann zu Recht als Substanz der sozialen Dimension der EG historisch nur eine gewisse soziale „Risikosteuerung“ (S. 296) festmachen (Ausnahmen sind unter anderem: Gleichberechtigung von Mann und Frau; Arbeitsschutz); die politischen Perspektiven nach dem „Trauerspiel um die EG-Sozialcharta“ (S. 314 ff.) werden hier wie bei den anderen Autoren auf grenzüberschreitender betrieblicher Ebene gesehen. Anhang mehrerer plastischer Szenarien zeigt Däubler konkrete Formen der Gefährdung von Arbeitnehmerrechten durch den EG-Binnenmarkt auf. Nicht unumstritten dürfte dabei die kategorische Ablehnung der EAG - unter anderem wegen der Gefahr von Rechtsflucht - sein (S. 320).

Band 2 mit dem Titel „Marktaufteilung und Standortpoker in Europa“ hat die Veränderungen in der Wirtschaftsregion Europa zum Gegenstand und skizziert Aufgabenfelder europäischer Wirtschaftspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht. Einer problemorientierten Einführung zum Stand der europäischen Integration (Rudolf Welzmüller) folgt ein Beitrag von Gert Volkmann über die Kriterien unternehmerischer Standortpolitik im Binnenmarkt. In bezug auf den in der Vergan-

genheit von der Unternehmenseite in der BRD oft ins Spiel gebrachten Kostenfaktor wird dabei folgende Einschätzung gegeben: „Die Kostendiskussion erscheint uns überholt. Sie ist ein Stück Ideologie im Verteilungskampf“ (S. 51).

In den folgenden Beiträgen werden die echten Problembereiche des „Standortpokers“ vertieft. Hans-Erich Müller geht dabei von der These aus, daß Marktintegration und Konzentration zur Verstärkung der Konkurrenz in Europa führen werden (S. 55) und hebt neben der klassischen Konzentration in Form von Übernahmen und Mehrheitsbeteiligungen auch neuere Kooperationsformen hervor. Anknüpfend daran behandelt ein Beitrag von Gerd Junne gegenwärtige Managementstrategien, die angesichts der doppelten Notwendigkeit von Ausweitung der Massenproduktion einerseits und höherer Flexibilität andererseits vor allem zur Konkurrenz unter den Zulieferern führt. Daran schließen sich interessante Branchenanalysen an, so über die Entwicklung bisher relativ geschützter und national ausgerichteter Bereiche wie dem des Kommunikations- und Medien-sektors (Peter Wilke) und des Finanzsektors (Claudia Dziobek) sowie eine Untersuchung des Sektors der Elektro- und EDV-Industrie (Rudolf Welzmüller).

Der zweite Teil des Bandes enthält eine problemorientierte Aufarbeitung der EG-Umweltpolitik. Christian Hey umreißt als Perspektive ein abgestuftes Konzept europäischer Umweltpolitik, das Vorleistungen der Bundesrepublik und anderer hochentwickelter Länder beinhaltet. Eine wichtige Vorleistung wird dabei in einer „Vorreiterrolle“ gesehen, „die den Wettbewerbsdruck durch die Außenhandelsprobleme für die weniger entwickelten Länder entschärft“ (S. 216 f.).

Teil 3 des Bandes ist schließlich den Perspektiven einer europäischen Wirtschaftspolitik im Interesse der abhängig Beschäftigten aber auch der europäischen Peripherie gewidmet und umfaßt die Forschungs- und Technologieförderung (Roland Schneider/Johann Welsch),

die Neuordnung der EG-Strukturfonds (Hans Gabriel) sowie Stand und Perspektiven europäischer Beschäftigungspolitik (Rudolf Hickel). Das im letzten Beitrag skizzierte Konzept eines „europäischen Keynesianismus“ bereichert die Diskussion um gewerkschaftliche Kriterien einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Fraglich ist allerdings, ob dennoch der weitere Verlauf der Integration in Richtung WWU nicht allzu Widerspruchs- und problemfrei angesehen wird.

Im kommenden EG-Binnenmarkt muß die europäische Dimension bei jeglicher gewerkschaftlicher Politik mitbedacht und im Handeln miteinbezogen werden. Die vorliegenden Bände der Reihe „Europahandbuch für Arbeitnehmer“ sind dabei aktuelle Informationsgrundlage in komprimierter lexikalischer Form. Die Herausgeber sollten sich jedoch nicht dem Druck aussetzen, jederzeit alles mitzubehandeln. So wirken die Beiträge „EG und deutsche Einheit“ (Band 1) oder „Osteuropa und EG“ (Band 2) etwas isoliert. Die sich aus der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ergebenden Auswirkungen auf Europa insgesamt verdienen es, in einem eigenen Band ausführlich behandelt zu werden.

Dirk Buda, Brüssel

Walther Müller-Jentsch (Hg.): Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen der industriellen Beziehungen, Rainer Hampp Verlag, München und Mehring 1991, 302 S., 46,80 DM.

„Industrielle Beziehungen“ - der Begriff klingt noch immer fremd in vielen Ohren. Im Universitätsbereich beginnt er sich langsam durchzusetzen, außerhalb desselben freilich weiß man häufig wenig damit anzufangen. Im angelsächsischen Bereich ist das ganz anders. „Industrial Relations“ sind ein gängiges Thema an Universitäten und in der Praxis. Da diese stets ein gesellschaftliches Problem darstellten, fanden sie breite Aufmerksamkeit. Hohe Streikzahlen und Absentis-

musraten in den Betrieben trugen ebenso zur Etablierung der Disziplin „Industrial Relations“ bei, wie schwierige Tarifverhandlungen und ein hohes betriebliches Konfliktniveau.

In dem Maße, in dem die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik problematisch wurden, begann auch hierzulande eine Diskussion über „Arbeitsbeziehungen“. Angesichts spontaner Streiks und alternativer Listen bei Betriebsratswahlen Ende der sechziger Jahre, beschäftigten sich auch hier zunehmend Wissenschaftler und Praktiker mit diesem Thema. Zunächst war das Interesse politisch motiviert. Industriesoziologen, die die „Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit“ zu ihrem Forschungsgegenstand erhoben, erwarteten den Nachweis, daß der Kapitalismus auch an der Widerstandskraft der abhängig Beschäftigten scheitern müsse. Je mehr diese Hoffnung sich als trügerisch erwies, desto stärker etablierte sich eine theoretisch begründete Industriesoziologie, die vorwiegend der Frage nachging, aus welchen Gründen der Kapitalismus stabiler als erwartet ist.

Heute ist von der Euphorie der siebziger Jahre nichts mehr zu bemerken. „Industrielle Beziehungen“ sind ein Forschungsgegenstand von Universitäten, politisch nicht hoffnungsvoller besetzt als etwa die Gemeinsoziologie. Das nunmehr auch eine „Schriftenreihe Industrielle Beziehungen“ existiert, ist ein weiterer Beleg dafür, daß sich der politisch motivierte Eifer der Industriesoziologen verflüchtigt und einem akademischen Interesse Platz gemacht hat.

Dies wird an der Person des Herausgebers der Schriftenreihe besonders deutlich. Der Paderborner Industriesoziologe Walther Müller-Jentsch, früher am Frankfurter Institut für Sozialforschung tätig, gehörte zu den vehementesten Verfechtern einer Industriesoziologie in politischer Absicht. Schienen ihm nicht zuletzt als Mitherausgeber des „Kritischen Gewerkschaftsjahrbuchs“, die Gewerkschaften früher als Institutionen des Klassen-

kampfs, die unter bestimmten Bedingungen die Basis gesellschaftsveränderter Prozesse darstellen sollten, so liest man von solchen Überlegungen heute nichts mehr. Ganz im Gegenteil. Der erste Band der Schriftenreihe läßt nurmehr vage erahnen, welche Thesen der Herausgeber und viele seiner Autoren früher vertreten haben.

Betrachtet man etwa den Aufsatz eines weiteren früheren Herausgebers des „Kritischen Gewerkschaftsjahrbuchs“, Eberhard Schmidt, der sich zusammen mit Eckart Hildebrandt zum Spannungsfeld Ökologie und Ökonomie äußert, dann wird der Wandel offensichtlich. Im politisch und strategisch interessantesten Beitrag des Buches gehen die Autoren von der These aus: „Tarifautonomie und Mitbestimmung zeichnen sich gerade dadurch aus, daß sie einer ungehinderten Entfaltung des Wettbewerbs Grenzen setzen, damit auch die Interessen der Arbeitnehmer im Wirtschaftsprozess Berücksichtigung finden. Geltend gemacht wird hier eine alternative Gestaltungskompetenz, die im ökonomischen Willensbildungsprozeß angesiedelt ist und in die Konkurrenz um unternehmerische Entwicklungskonzepte eingreift, ohne die Marktförmigkeit des Wirtschaftsprozesses infrage zu stellen. Es handelt sich gleichsam um einen politischen Ort, wo die Ansprüche an ein besseres Leben artikuliert und im Rahmen der dafür vorgesehenen Institutionen vertreten werden können, - bis hin zur möglichen kollektiven Arbeitsverweigerung, dem partiellen Stillstand des Verwertungsprozesses“ (S. 279).

Nicht daß diese These falsch ist, sei angemerkt, sondern daß sie im Kontrast zu früheren Überlegungen steht. War einst für den Autor die Mitbestimmung eine Institution sozialer Integration, so wird sie nun als Medium der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen verstanden. Diese Abkehr von früheren wissenschaftlichen Positionen zeichnet viele Beiträge des Bandes aus. Insofern dokumentiert er auch die Etablierung einer einst rebellischen sozialwissenschaftlichen Disziplin,

der Industriesoziologie. Der Herausgeber selbst, seit Jahren bemüht, frühere Positionen zu revidieren, ist ein weiteres Beispiel für diese Entwicklung. Mit überzeugenden Reflexionen weist er anhand des Technikproblems die Mängel früherer sozialwissenschaftlicher Ansätze nach und gelangt zu dem Resümee, daß die soziotechnische Strukturierung von Arbeitsplätzen und Arbeitsorganisationen durch ökonomische Zwänge und „arbeitspolitische Auseinandersetzungen um die Nutzungsformen der Arbeitskraft“ erfolgt (S. 269).

Die These von der Gestaltbarkeit des Kapitalismus auch im Interesse von Arbeitnehmern kann als eine Grundüberlegung des Bandes bezeichnet werden, die die meisten Beiträge durchzieht. Gut informierend ist unter diesem Aspekt der Beitrag von Margret Beisheim, Dudo von Eckardstein und Matthias Müller, der neue Erwartungen des Managements aufzeigt, in denen auch Elemente von Beteiligung für die Beschäftigten enthalten sind. Rudi Schmidt und Rainer Trinczek de-

monstrieren an Veränderungen des dualen Systems der Interessenvertretung dieselbe Entwicklung.

Neben Beiträgen empirischer und strategischer Art enthält der Band auch stärker theoretisch orientierte Aufsätze: über Arbeitsbeziehungen zwischen Markt und Hierarchie (W. Brandes, P. Weise), Konflikt und Kooperation (P. K. Edwards), das Management der Arbeit (R. Hyman), Unternehmer und Management (W. H. Staehle) und Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (F. Traxler). Der öffentliche Dienst (B. Keller, F. Henneberger) ist ebenso Thema wie Innovationen in Kleinbetrieben (H. J. Sperling, J. Hubert). Das Fehlen eines arbeitsrechtlichen Beitrags ist nicht dem Herausgeber, sondern einem säumigen Autor anzulasten. Der empfehlenswerte erste Band der neuen „Schriftenreihe industrielle Beziehungen“ kann auch als Einführung in den gegenwärtigen Stand industriesoziologischer Diskussion gelesen werden.

Rainer Erd,
Frankfurt/M.